

Alesina, Alberto et al.

Article

Europas Bankenkrise: ein Aufruf zum Handeln

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Alesina, Alberto et al. (2008) : Europas Bankenkrise: ein Aufruf zum Handeln, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 41, pp. 640-641

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151682>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Finanzmarktkrise: Staatsgarantien statt Verstaatlichung

von Christian Dreger*

Die Entwicklung an den Finanzmärkten hält die Weltwirtschaft weiter in Atem. Nun ist auch Europa tief in den Strudel der Krise geraten. Eine Insolvenz systemrelevanter Institute könnte sich aufgrund der starken Verflechtungen der Banken rasch ausbreiten und auf die Realwirtschaft übergreifen. Wachstumseinbußen wären die Folge.

Um Schaden von der Realwirtschaft abzuwenden, kommt es jetzt darauf an, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors wiederherzustellen. Das 700-Milliarden-Paket der USA setzt auf die staatliche Übernahme notleidender Kredite. Andernfalls wäre es wohl zu deutlichen Einschränkungen der Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen mit kaum absehbaren Folgekosten gekommen. Ein solcher Schritt kann die Finanzkrise entschärfen, beigelegt ist sie indes noch nicht. Davon zeugen auch die jüngsten Kursrückschläge an den Aktienmärkten. Die Korrektur der Immobilienpreise wird noch zu weiteren Kreditausfällen führen und das Vertrauen dürfte nur langsam in die Märkte zurückkehren. Gleichwohl hat die Wirtschaftspolitik den Akteuren signalisiert, dass sie energisch gegen eine Ausbreitung der Krise vorgehen wird. Dies ist ein wichtiger Unterschied etwa zur Weltwirtschaftskrise.

Die Krise wird momentan von einigen Kommentatoren sehr undifferenziert beurteilt. So macht es durchaus einen Unterschied, ob Banken durch Abwertung ihrer Vermögenspositionen in ihrer Eigenkapitalbasis bedroht werden oder ob ihre Zahlungsfähigkeit durch Verwerfungen am Interbankenmarkt unterbrochen ist. Für die US-Banken sind Wertberichtigungen auf die Aktiva das Hauptproblem. In der europäischen Bankenkrise spielt hingegen das Risiko einer kurzfristigen Zahlungsunfähigkeit die entscheidende Rolle. Dies spricht dafür, dass die Kombination staatlicher Bürgschaften und kurzfristiger Liquiditätsbereitstellung durchaus angemessen ist. Solange die Vermögenswerte, die der Bürgschaft gegenüberstehen, am Ende ihrer Laufzeit mit hoher Sicherheit zurückgezahlt werden, ist das Risiko für den Steuerzahler gering.

Den staatlichen Bürgschaften stehen dabei durchaus Erträge für die Allgemeinheit gegenüber, weil eine systemische Bankenkrise und ein Übergreifen auf die Realwirtschaft verhindert werden. Ansonsten wäre der Staat durch Steuerausfälle und Mehrausgaben selbst Leidtragender. Eine Beteiligung am Eigenkapital der Banken ist ordnungspolitisch umstritten. Abgesehen davon, dass die Banken in öffentlicher Hand auch kein besseres Krisenmanagement gezeigt haben, kommt der Staat durch eine Kapitalbeteiligung in einen ernsten Interessenkonflikt. Er wäre in diesem Fall sowohl Mitspieler – und als Regulator – auch Schiedsrichter.

* Dr. habil. Christian Dreger leitet die Abteilung Konjunktur im DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.